

**7
—
78**

Union in Deutschland

Bonn, den 16. Februar 1978

Der neue Wortbruch

Die Bundesregierung steht im Begriff, in der Frage der Alterssicherung der Bürger zum zweitenmal in dieser Legislaturperiode ihr Wort zu brechen, stellte das Präsidium der CDU auf einer Sitzung in Bonn zur rentenpolitischen Situation fest. Die Absicht, die von der Union 1957 geschaffene klare Bindung der Renten an die Einkommen der Arbeitnehmer aufzulösen, öffnet der Willkür und der Unsicherheit für die Rentner Tür und Tor.

Bundeskanzler Schmidt will von seinem in der Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode gegebenen Versprechen abrücken, daß ab 1. Januar 1979 die Renten mindestens entsprechend der Erhöhung der Nettolöhne der Arbeitnehmer angehoben werden. Die Bundesregierung unternimmt den Versuch, mit der Beseitigung eines von der Union geschaffenen sozial- und ordnungspolitischen Marksteins der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beginnen. Die Union bleibt dagegen in der Kontinuität ihrer bisherigen rentenpolitischen Aussage. Sie läßt sich nicht das größte sozialpolitische Reformwerk der Nachkriegsgeschichte von der gegenwärtigen Koalition zerstören.

Die CDU plant, in einer großangelegten Auf-
Weiter auf Seite 2

APEL

Die Bundeswehr hat Besseres verdient. Seite 5

KOOP-SCHULE

Aufruf des CDU-Präsidiums zum Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen. Seite 6

ENERGIE

Beim Sparprogramm fordert die Union anstelle staatlicher Zuschüsse größere steuerliche Anreize. Seite 7

MELDEGESETZ

Der von Innenminister Maihofer vorgelegte Gesetzentwurf zeigt viele schwache Stellen. Seite 8

CDU SAAR

Nach Werner Scherér folgte Werner Zeyer. Führungswechsel in Saarbrücken. Seite 11

PARTEIARBEIT

Canvassingzeit. Vorschläge und Tips für Partei-Aktivitäten

Seite 13

Februar-Wandzeitung Seite 14

FLUGBLATT

Minister wechseln — Probleme bleiben. Seite 15

DOKUMENTATION

Rahmen-Leitlinien zur kommunalen Sportförderung. grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

klärungs- und Protestaktion auf den beabsichtigten Wortbruch der Bundesregierung zu reagieren. Auf einer Großveranstaltung werden am 2. März 1978 in Bonn führende Unionspolitiker sowie Vertreter der Arbeitnehmer- und Kriegsopferorganisationen zu den Betroffenen sprechen.

Zu den rentenpolitischen Plänen der Regierungskoalition erklärt CDU-Generalsekretär Heiner Geißler:

Zum zweitenmal innerhalb von 1½ Jahren will die SPD/FDP-Regierung in der für die Stabilität unseres Landes fundamentalen Frage der Alterssicherung unserer Bürger ihr Wort brechen. Der erste beabsichtigte Betrug an den Rentnern wurde durch die massiven Proteste der Bevölkerung und die klare Haltung der Opposition verhindert. In diesem Jahr haben es die Wähler in der Hand, in vier Landtagswahlen auf den

zweiten Wortbruch der Bundesregierung mit dem Stimmzettel zu reagieren.

❶ Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vor einem starken Jahr den Rentnern versprochen, daß ab 1. Januar 1979 die Renten mindestens entsprechend der Erhöhung der Nettolöhne der Arbeitnehmer erhöht werden. Mit ihrem Vorschlag, die Renten um 4,5 % zu erhöhen, liegt die Bundesregierung um wenigstens 1 % unter ihrer eigenen Annahme einer Nettolohnsteigerung von wenigstens 5,5 %.

❷ Sollte sich herausstellen, daß die Regierung beabsichtigt, bei der Neufestsetzung der Renten den 1957 geschaffenen Generationsvertrag, d. h. die klare Bindung der Renten an die Einkommen der Arbeitnehmer, aufzulösen und die Rentenhöhe zum Gegenstand willkürlicher Opportunität zu machen, wird sie auf den schärfsten Widerstand der Union stoßen.

❸ Daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner und eine Beitragssatzerhöhung in der Rentenversicherung ausdrücklich ausgeschlossen hat und jetzt, wie angekündigt, für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl diese Maßnahmen ausdrücklich vorsieht, ist ein weiterer Beweis für die Fahrlässigkeit, mit der die Bundesrepublik regiert wird.

Mit solchen Methoden wird das Vertrauen bei Wirtschaft und Arbeitnehmern weiter zerstört. Unsere organisatorischen Vorbereitungen sind in vollem Gange, um in einer großangelegten Aufklärungs- und Protestaktion auf den Wortbruch der Bundesregierung zu reagieren. Wir lassen uns nicht das größte sozialpolitische Reformwerk der Nachkriegsgeschichte von dieser Koalition zerstören.

Wieder Bedrohung des Mittelstandes durch SPD

Der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist über den von einer Arbeitsgesetzbuch-Kommission der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf für ein neues Arbeitsvertragsrecht zutiefst beunruhigt, weil der einseitig auf Arbeitnehmerschutzdenken ausgerichtete Entwurf vor allem die mittelständischen Betriebe benachteiligen würde. Er enthält Regelmentierungen und bürokratische Erschwernisse, die den Klein- und Mittelbetrieb besonders belasten. Ein typisches Beispiel hierfür ist z. B. die Ausdehnung des Kündigungsschutzes auch auf Kleinstbetriebe. Es ist zu befürchten, daß ein derartiges Gesetz nur neue Kostenbelastungen bewirkt.

■ INFORMATION

Enger Kontakt mit britischen Konservativen

Eine zweitägige Arbeitssitzung der Bundesgeschäftsstelle der CDU mit dem Research Department der britischen Konservativen Partei hat in St. Augustin bei Bonn stattgefunden. Die beiden Delegationen standen unter Leitung des Hauptabteilungsleiters Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Ulf Fink, und des Direktors des Research Departments, Christopher Patten. Die Veranstaltung ging auf eine im vergangenen Jahr getroffene Vereinbarung zwischen dem Generalsekretär der CDU und der Vorsitzenden der britischen Konservativen Partei, Margaret Thatcher, zurück, den gegenseitigen Informationsaustausch zu intensivieren. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Probleme der Arbeitslosigkeit, der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, der regionalen Strukturpolitik und der stärkeren Integration der europäischen Wirtschaftspolitik sowie Fragen der Familienpolitik.

Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatte kurz zuvor am Kommunkongreß der britischen Konservativen in London teilgenommen, wobei er politische Gespräche mit Margaret Thatcher, mehreren Mitgliedern ihres Schattenkabinetts und weiteren Mitgliedern der Parteiführung führte. Es bestand Übereinstimmung mit den britischen Gesprächspartnern, daß die kürzlich gegründete Europäische Demokratische Union (EDU) mit der Europäischen Volkspartei

(EVP), den Konservativen und weiteren befriedeten Parteien die Basis für eine große Bewegung der politischen Mitte in Europa werden soll. Der Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer und konservativer Kommunalpolitiker wurde verabschiedet.

Zusammenarbeit auch mit Kanada

Heinrich Geißler hat den kanadischen Konservativen eine engere Zusammenarbeit mit den christlich-demokratischen Parteien angeboten. Wie der Generalsekretär nach der Rückkehr von Gesprächen in Ottawa sagte, haben die Kanadier sich dazu bereit erklärt und eine Einladung zu einem Besuch in die Bundesrepublik in diesem Jahr angenommen, bei dem weitere Einzelheiten erörtert werden sollen. Mit seinem Vorstoß in Kanada hat Geißler die Bemühungen der CDU unterstrichen, die politischen Kräfte der Mitte nicht nur in Europa, sondern auch weltweit zusammenzuführen.

Regierungsumbildung in Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) hat die Umbildung seines Kabinetts bekanntgegeben: Lothar Späth, 40, der bisherige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, löst Karl Schiess, 64, als Innenminister ab. An die Stelle des 69 Jahre alten Kultusministers Professor Wilhelm Hahn treten der parteilose Ministerialdirektor im Justizministerium, Professor Helmut Engler, 51, sowie der 43 Jahre alte derzeitige rheinland-pfälzische Staatssekretär, Professor Roman Herzog (CDU). Engler wird Minister für die Hochschulen. Herzog, der den Titel „Kultusminister“ führen wird, über-

nimmt die Zuständigkeit für Schulen und Kunst.

Die Teilung des Kultusministeriums begründet Hans Filbinger mit der Größe des Ressorts, die auch „starke Persönlichkeiten“ überfordern könne. Mit der Aufspaltung seien zum Beispiel in Niedersachsen gute Erfahrungen gemacht worden.

Carstens befürchtet neuen Terror

Bundestagspräsident Karl Carstens hat seinen dreitägigen Besuch in Washington, bei dem er Gespräche mit Vertretern von Regierung und Kongreß führte, abgeschlossen. Vor der Weiterreise nach New York vertrat er im Gespräch mit Journalisten die Ansicht, daß in der Bundesrepublik Deutschland mit neuen Schlägen einer kleinen, aber entschlossenen Gruppe von Terroristen zu rechnen sei.

Arbeitsloser Gastarbeiternachwuchs

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Albrecht Hasinger hat die Bundesregierung nach den Schlußfolgerungen gefragt, die sie dem Bericht der Föderation türkischer Arbeitervereine über die Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zu ziehen gedenkt. Der Bericht spricht von einer sozialen Katastrophe und glaubt, daß die überwältigende Mehrzahl der ausländischen Arbeiterkinder künftig zu Dauerarbeitslosigkeit und Schwarzarbeit verurteilt sei.

AVP hat sich gespalten

Die „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ (AVP) hat sich gespalten. Der AVP-

Landesverband Niedersachsen gründete unter dem Namen „Vierte Partei Deutschland“ (VPD) eine neue Partei. Zuvor war der von den fünf AVP-Landesverbänden Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz nach Kassel einberufene AVP-Bundesparteitag durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Bonn auf Antrag des amtierenden AVP-Bundesvorsitzenden Günther Leyk (München) untersagt worden.

Steffen macht sich von der SPD frei

Der frühere schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen hat sich ein weiteres Stück aus der Parteiarbeit zurückgezogen: Aus dem Bonner Erich-Ollenhauer-Haus verlautete, daß Steffen nunmehr auch seine Mitarbeit innerhalb der SPD-Grundwertekommission eingestellt hat. Steffen, der diese Kommission ursprünglich geleitet hatte, war Ende 1976 von dem baden-württembergischen SPD-Vorsitzenden Erhard Eppler abgelöst worden. Im vergangenen Jahr verzichtete Steffen auf eine erneute Kandidatur in den SPD-Vorstand und legte sein Mandat für den schleswig-holsteinischen Landtag nieder.

Kritischer Dienst zur Medienpolitik

Zur Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit den Medien hat die baden-württembergische CDU mit der Herausgabe eines medienpolitischen Dienstes begonnen. Der Dienst soll regelmäßig über Sendungen in Hörfunk und Fernsehen, über kontroverse medienpolitische Grundsatzfragen sowie über Analysen der Rundfunkpraxis berichten.

■ MINISTERWECHSEL

Die Bundeswehr hat Besseres verdient

Hans Apel, der schon als Finanzminister kein Konzept hatte, soll nun auf der Hardthöhe die Scherben kitten, die sein Vorgänger Leber nach einer Serie von Affären dort hinterlassen hat. Die CDU/CSU beobachtet den Amtswechsel im Bundesverteidigungsministerium mit großer Besorgnis. Warum, erläuterte der verteidigungs-politische Sprecher der Union, Manfred Wörner, in einem Interview mit den „Westfälischen Nachrichten“.

Frage: Politiker der CDU haben sich sehr kritisch über die Berufung des bisherigen Finanzministers Apel zum Verteidigungsminister geäußert. Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich eine Kooperation der CDU/CSU mit ihm vorstellen?

Antwort: Unsere Kritik an der Besetzung des Verteidigungsministeriums mit Herrn Apel galt und gilt der Tatsache, daß der neue Minister nicht nur keinerlei Kenntnisse für dieses neue Amt mitbringt, sondern daß ihm nach seinen eigenen Worten jeder innere Bezug zu seiner Aufgabe fehlt. Ein Verteidigungsminister ohne Interesse an Verteidigungspolitik und Bundeswehr ist eine Zumutung für unseren Staat und insbesondere auch für unsere Soldaten. Die Bundeswehr hat Besseres verdient als einen Minister, der in dieses Amt hineingeprägt werden mußte.

Dennoch: Wir machen Verteidigungspolitik nicht einem Minister zuliebe oder

zuleide. Die CDU/CSU orientiert ihre Verteidigungspolitischen Vorstellungen nicht an der Person des jeweiligen Verteidigungsministers, sondern an der Sicherheit unseres Staates und der Kampfkraft der Bundeswehr. Das heißt, der neue Minister wird überall dort mit unserer Unterstützung und mit unseren Stimmen rechnen dürfen, wo er die Mehrung unserer Verteidigungskraft, die Stärkung der Bundeswehr und die Kräftigung der Atlantischen Allianz betreibt. Und er wird dort auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen, wo er die Konzessionen an die Linken in SPD und FDP fortsetzt und Sicherheit sowie Wehrpflicht weiter aushöhlt.

Wir sind und bleiben zur Gemeinsamkeit auf der Grundlage der von der CDU/CSU begründeten atlantischen Sicherheitspolitik bereit. Es hängt vom Verteidigungsminister und seiner Politik ab, wie weit aus dieser Gemeinsamkeit Wirklichkeit wird.

Frage: Haben Sie den Eindruck, daß in dem Verhältnis zwischen den Soldaten und der politischen Führung des Verteidigungsministeriums Korrekturen notwendig sind?

Antwort: Das Vertrauensverhältnis zwischen Politikern und militärischer Führung ist durch die Vorgänge der letzten Monate erheblich beeinträchtigt. Ganz offenkundig hat dabei eine zweite parteibuchorientierte Zuständigkeitsstrategie im Ministerium eine unheilvolle Rolle gespielt. Die Exponenten dieser Par-

Aufruf zum Volksbegehen

Das Volksbegehen gegen die Einführung der kooperativen Schule in Nordrhein-Westfalen hat am Donnerstag, dem 16. Februar 1978, begonnen. Aus diesem Anlaß ruft das Präsidium der CDU Eltern und Bürger in Nordrhein-Westfalen auf, von ihrem Entscheidungs- und Mitwirkungsrecht beim Volksbegehen gegen die kooperative Schule Gebrauch zu machen. Es muß jeden Demokraten mit tiefer Besorgnis erfüllen, daß in zahlreichen Orten dieses Bundeslandes die Wahrnehmung demokratischer Rechte durch organisatorische Engpässe und durch die Maulkorbvorschriften des nordrhein-westfälischen Kultusministers gegen gewählte Eltern- und Klassenpflegschaften behindert wird.

Die kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen gefährdet das Recht des Hauptschülers. Sie macht aus ihm einen schlechteren Gymnasiasten, statt ihm als gleichwertigem Schüler mit anderen Fähigkeiten eine selbständige Entwicklung zu sichern. Wir sind auf wirtschaftlichen und geistigen Wettbewerb angewiesen. Deshalb darf die kommende Generation nicht derart geschädigt werden. Die kooperative Schule zerbricht die organisatorische Einheit des Bildungswesens in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist widersinnig, daß Bundeskanzler Schmidt einen Bericht den Ministerpräsidenten der deutschen Länder zuleitet, in dem mehr Einheit im Bildungswesen gefordert wird und in einem Land, in dem seine Partei die Regierung stellt, diese Einheit ohne Not zerbrochen werden soll.

teibuchwirtschaft müssen schleunigst abgelöst werden. Normale, fachbezogene und leistungsorientierte Organisationsformen müssen wieder in Kraft gesetzt werden. Der MAD ist wieder der militärischen Führung zu unterstellen, die politisch-militärische Kontrolle über ihn ist zu festigen und damit die Vertrauensgrundlage wiederherzustellen, die der MAD zu seiner Arbeit braucht.

Frage: Vor welchen anderen wichtigen Aufgaben steht Ihrer Meinung nach der neue Verteidigungsminister Apel?

Antwort: Der Minister muß ein verbessertes Anerkennungsverfahren für Wehrdienstverweigerer verwirklichen, die Entscheidung über eine neue Wehrstruktur treffen, den Beförderungs- und

Verwendungsstau abbauen, die Ausbildung in der Truppe umorientieren und schließlich deutsche und europäische Interessen bei den SALT- und MBFR-Verhandlungen energisch vertreten.

Frage: Sie, Herr Dr. Wörner, sind Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für den Fall Lutze/Wiegel. Wo sehen Sie die Schwerpunkte der weiteren Untersuchung?

Antwort: Die weitere Untersuchung wird schwerpunktmäßig bestimmt von den Fragen, wie es zu dem Spionagefall kommen konnte, ob und gegebenenfalls welche Sicherheitsvorschriften mißachtet wurden und wie es möglich war, daß die militärische Schadensbewertung erst 18 Monate nach Aufdeckung des Spionagefalles einsetzte.

■ ENERGIE-SPARPROGRAMM

Steuerliche Anreize sind besser als staatliche Zuschüsse

Zu dem 4,35-Mrd.-Gesetzesprogramm zur Förderung heizenergiesparender Baumaßnahmen erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl-Heinz Narjes: Maßnahmen zur Ersparnis von Heizenergie sind überfällig. Darüber besteht Einvernehmen. Streitig ist, ob das jetzt im zweiten Anlauf als Gesetz vorgelegte Programm der Bundesregierung geeignet ist, diesem Ziel sachgerecht zu dienen.

Die Entscheidung über die zweckmäßige und rentable Heizungsanlage obliegt grundsätzlich den Eigentümern, Unternehmen und Vermietern. Wenn der Staat jetzt ein Zuschußsystem über 4,3 Mrd. DM einrichten will, das nur einen kleineren Teil der Gebäude erfassen kann, legt er sich damit bereits auf unübersehbare weitere Zuschußverpflichtungen in Milliardenhöhe fest. Eine solche globale Übernahme des Bestandes an Wohnungen und Gebäuden in staatliche Obhut und Betreuung ist ordnungspolitisch höchst problematisch. Die Eigenverantwortung der Eigentümer wird abgebaut. Zuschüsse müssen Ausnahme etwa für den sozialen Wohnungsbau bleiben.

Es gibt andere wirksame Mittel, um das energiepolitische Ziel zu erreichen. Nach der derzeitigen Entwicklung auf den Weltölmärkten müssen wir spätestens in der zweiten Hälfte der 80er

Jahre mit einer Verdoppelung des Rohölpreises rechnen. Unsere Eigentümer müssen also schon heute Heizölpreise von 50 und 60 Pfennigen pro Liter in ihre Wirtschaftlichkeitsberechnungen einstellen. Die wirksamste Maßnahme einer Energieersparnispolitik wäre es deshalb, die Eigentümer und Architekten, die Vermieter und Mieter eindringlich auf diese unvermeidbare Entwicklung hinzuweisen und sie aufzufordern, ihre Rentabilitätsüberlegungen schon heute anzupassen.

Im Interesse der Beschleunigung der Sparmaßnahmen wäre es alsdann ordnungskonformer und weniger bürokratisch, die Entscheidungen der Eigentümer und auch der Mieter durch den Ausbau steuerlicher Anreize für Energiesparmaßnahmen zu beschleunigen. Der § 82 a der EStDV bietet dazu hinreichende Ansatzpunkte. Dabei muß darauf geachtet werden, daß Wärmedämmung und Lärmschutz als eine Einheit angesehen werden müssen.

Es überrascht nicht, daß der verabschiedete Gesetzentwurf das Problem einer Doppel- und Dreifachförderung nur unzulänglich angeht. Auch insoweit erweist er sich als nicht sachgerecht.

Alle regierungsamtlichen Beteuerungen zur Bekämpfung von Bürokratie und Perfektionismus im Baurecht verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn man sie an den unnötigen Detailregelungen mißt, die in diesem Gesetz vorgesehen sind.

MELDEGESETZ

Erhebliche Schwachstellen

Der vom Bundesinnenminister des Innern vorgelegte Entwurf eines Bundesmeldegesetzes (BMG) verfolgt zwei Ziele, die kritisch erörtert werden müssen: Die Schaffung eines bundesweiten automatisierten Verbundnetzes der öffentlichen Hand für personenbezogene Einwohnerdaten und eine verschärzte Meldepflicht für Beherbergungsstätten und Mietwohnungen.

Dazu stellt MdB Paul Laufs folgendes fest: Die Rahmenvorschriften des BMG-Entwurfs verpflichten die Meldebehörden der Länder zur Speicherung, Verwaltung und Übermittlung von umfangreichen, ins einzelne gehenden Angaben über die Einwohner. Die im Anhang des Entwurfs aufgeführte Liste der etwa 200 Einzeldaten in 40 Datenkategorien ist beunruhigend lang. Ein Teil dieser Einwohnerdaten ist in „zentralen, automatisierten“ Landesadreßregistern zu führen, die von den Ländern eingerichtet werden müssen.

Der Bund soll ermächtigt werden, beim Datentransfer über Ländergrenzen hinweg mit Zustimmung des Bundesrates „die zu übermittelnden Daten, ihre Form sowie das Nähere über das Verfahren der Übermittlung festzulegen“. Abgesehen davon, daß die Länder diese organisatorischen Vorschriften als Eingriff in ihre Verwaltungshoheit verstehen und verfassungsrechtliche Bedenken geltend machen können, ist kri-

tisch zu prüfen, ob diese Regelungen nicht den Weg zu einer universalen Einwohnerdatenbank bereiten, die den Bürger auf Knopfdruck transparent machen kann.

Es steht jedenfalls fest, daß das umstrittene, im BMG-Entwurf nicht erwähnte Personenkennzeichen im Rahmen dieses Gesetzes mühelos eingeführt werden könnte. Außerdem wird zum Schutz des Bürgers die Datenweitergabe innerhalb des öffentlichen Bereichs analog zum Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) nur an die Bedingung geknüpft, daß die Daten zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung der empfangenden Stellen erforderlich sind. Dies ist ein sehr grober Filter für den ungehinderten Datenverkehr zwischen Behörden, Gerichten, Anstalten, Bildungseinrichtungen, öffentlichen Stiftungen und Ämtern aller Art.

Die bei der Beratung des BDSG vorgebrachte CDU/CSU-Forderung, die Übermittlung personenbezogener Daten nur zuzulassen, wenn sie durch Rechtsnorm angeordnet ist, sollte deshalb auch in diesem Zusammenhang wieder erhoben werden.

Verschärfe Meldepflicht

Die verschärfte Hotelmeldepflicht wird von der Union schon seit langem gefordert, weil sie eine Voraussetzung der wirksamen Verfolgung von Terroristen und anderen Verbrechern ist. Sie verliert aber ihren Sinn gänzlich, wenn sie nicht mit der Identitätsprüfung des Hotelgastes verbunden wird.

Im übrigen ist die für alle Beteiligten lästige Verschärfung der Meldepflicht nur zumutbar, wenn sie in allen Bundesländern gleichzeitig und bundeseinheitlich eingeführt wird. Insbesondere müssen die Maßnahmen bei fehlenden Ausweisen überall gleich sein.

■ KOALITION

Die Linke bei Jusos und Judos eindeutig Sieger

Mit einer Niederlage der von der Mutterpartei favorisierten Reformer endete die Wahl des neuen Vorsitzenden beim Kongreß der Jungsozialisten in Hofheim. Mit 164 von 298 Stimmen entschieden sich die Delegierten für den 33jährigen linksorientierten Rechtsanwalt Gerhard Schröder aus Hannover. Als eine schallende Ohrfeige für die SPD-Führung bezeichnete CDU-Sprecher Henrich die Wahl.

Die SPD-Nachwuchsorganisation habe sich jetzt wohl endgültig für einen links-extremen Kurs entschieden. Die Jungsozialisten befänden sich nun eindeutig in der Nachfolgeschaft ihres früheren Vorsitzenden Benneter, meinte Henrich in Bonn. Es könne über die SPD hinaus niemanden, der sich um die Zukunft unseres Staates sorge, gleichgültig lassen, daß der Nachwuchs der führenden Regierungspartei Positionen beziehe, die von kommunistischen Auffassungen kaum zu unterscheiden seien.

Matthias Wissmann, MdB, Bundesvorsitzender der Jungen Union, kennzeichnet die Jusos als „linksradikale Sektierergruppe, deren Aufmerksamkeit sich mehr auf ihre marxistischen Schulstreitigkeiten als auf die realen Interessen der lernenden und arbeitenden Jugend richten“.

Mit der Forderung nach dem Rücktritt von Bundesinnenminister Maihofer und des Zivildienst-Beauftragten Hans Iven

sowie einer Lockerung ihrer Führungs-gremien an die Freien Demokraten ging die dreitägige Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten (DJD) in Braunschweig zu Ende. Der 28 Jahre alte Rechtsreferendar Christoph Straesser aus Münster wurde ohne Gegenstimme bei acht Enthaltungen in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Die Jungdemokraten beschlossen eine neue Satzung mit einer wesentlich gelockerten Bestimmung über die FDP-Mitgliedschaft.

Die Delegierten verabschiedeten umfangreiche Forderungskataloge für die Liberalisierung des Strafvollzugs bis hin zur Abschaffung der Freiheitsstrafe und für die Kontrolle des Verfassungsschutzes, für den Datenschutz und für eine „emanzipatorische Bildungsreform“, wozu insbesondere die Einführung der Gesamtschule gehöre.

Hierzu schreibt die „Kölnische Rundschau“ vom 13. Februar 1978:

„Es ist tief deprimierend, daß die Jungsozialisten mit der Geschwätzigkeit politischer Greise an den Problemen der Jugend so gründlich und kaltherzig vorbeireden.“

Dasselbe gilt auch für die Jungdemokraten. Hautnahe Themen hätte es für beide Organisationen hinreichend gegeben: die Jugendarbeitslosigkeit, die Nöte der Lehrlinge, Schulreformen oder der Numerus clausus.

Aber sie halten es lieber mit der vermeintlich hohen Politik. Gerade diese arrogante Einseitigkeit beweist, daß sie von Politik keine Ahnung haben.“

,Sozialistische Tagträumer“

Durch ein Grußwort des IG-Metall-Sekretärs Peter Ladehoff auf dem Pinneberger SPD-Kreisparteitag ist der mühsam gewahrte Burgfrieden zwischen

dem rechten Gewerkschaftsflügel und der breiten linken Mehrheit in der schleswig-holsteinischen SPD 24 Tage vor der Kommunalwahl im nördlichsten Bundesland bedroht. Ladehoff warf den Parteifreunden vor, die SPD habe viel von ihrem Image verloren, in erster Linie für die Arbeiter einzutreten. Es könne an Arbeitern nicht spurlos vorübergehen, daß sich die Mandatsträger in vielen Bereichen fast nur noch aus den gehobenen Positionen des öffentlichen Dienstes rekrutierten.

Der Pinneberger SPD-Kreisvorsitzende Dietrich Anders konterte in einem Brief an den örtlichen DGB-Chef, daß eine Wiederholung dieser Vorwürfe einen „unfreundlichen Akt“ darstelle. Die Antwort der Gewerkschaft an den werten Genossen Anders: Sie warfen den linken Sozialdemokraten des Landes vor, „politische Möchtegerne“ und „sozialistische Tagträumer“ zu sein.

Resignation wegen Coppik

Mehrere führende Offenbacher Sozialdemokraten haben die Konsequenzen daraus gezogen, daß der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks, der linksextremistische und moskaufreundliche Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik, zu der Niederlage der Partei bei den Kommunalwahlen am 20. März 1977 beige tragen hat. So hat der stellvertretende Unterbezirksvorsitzende und Direktor der Offenbacher Stadtwerke, Rolf Bieber, in einem Brief angekündigt, er werde im März nicht mehr für den Unterbezirksvorstand kandidieren, da er seine „politischen Zielvorstellungen“ in der Offenbacher SPD nicht habe verwirklichen können. Auch der zweite Stellvertreter Coppiks, Günter Kretschmann, Betriebsratsvorsitzender der Postbediensteten auf dem Frankfurter Flughafen, und weitere fünf Vorstandsmitglie-

der haben mitgeteilt, daß sie künftig für den Vorstand nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie zählen zur Parteimitte. Der einzige Vertreter des rechten Parteiflügels im Offenbacher Vorstand, Erich Herrmann, wird ebenfalls ausscheiden.

SPD-Abweichler im bayerischen Wahlkampf

Die im Juni vergangenen Jahres gegründete Soziale Demokratische Union (SDU) will am 5. März bei den bayerischen Kommunalwahlen erstmals mit eigenen Wahlvorschlägen antreten. Nach einer Vorstandssitzung seiner Partei in Braunschweig berichtet, der Bundesvorsitzende der SDU, Braunschweigs Oberstadtdirektor Hans-Günter Weber, SDU-Kandidaten würden für den Kreistag in Neu-Ulm und das Stadtparlament in Senden (Kreis Neu-Ulm) nominiert. In beiden Fällen bestünden „echte Chancen“ für einen Wahlerfolg, meinte der Vorsitzende. Die SDU besteht im wesentlichen aus früheren Mitgliedern des rechten SPD-Flügels, die sich vorübergehend im sogenannten Fritz-Erler-Kreis zusammengeschlossen hatten.

FDP in Baden-Württemberg stützt unliberale Politik weiter

Mit Skepsis ist bei der Führungsspitze der baden-württembergischen CDU das Werben des FDP-Landesvorsitzenden Martin Bangemann für eine Annäherung der Freien Demokraten an die Union aufgenommen worden. Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Hans Filbinger, erklärte, Bangemann habe mit seiner Auffassung keine Mehrheit in der Partei. „Die FDP stützt eine unliberale Politik: in Fragen der Gesamtschule, in der Steuerpolitik, in dem Perfektionismus der Energiesparpolitik.“

■ LANDESPARTEITAG SAAR

Werner Zeyer neuer Vorsitzender Stationen einer Volkspartei

Auf ihrem 26. Landesparteitag hat die CDU Saar den Bundestagsabgeordneten Werner Zeyer zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Zeyer erhielt 348 von 561 abgegebenen Stimmen. Auf seinen Mitbewerber Rainer Wicklmayr entfielen 213 Stimmen. Zeyer tritt die Nachfolge von Werner Scherer an, der fünf Jahre den Landesverband geführt hat. Werner Scherer mußte sein Amt aus Gesundheitsgründen im November 1977 überraschend niederlegen.

Die Delegierten dankten Werner Scherer für seinen beispiellosen Einsatz als Landesvorsitzender und Kultusminister mit minutenlangem Beifall. Unter seiner Führung konnte der Landesverband in den letzten fünf Jahren einen Zuwachs von 56 Prozent auf jetzt insgesamt 30 300 Mitglieder verzeichnen.

In seiner Dankesrede würdigte Zeyer seinen Vorgänger als einen Politiker, der jahrelang ohne jede Rücksichtnahme zum Wohle seines Landes und seiner Partei gewirkt habe. Als Kultusminister hat Werner Scherer in einer mehr als 12jährigen erfolgreichen Tätigkeit eine Bildungspolitik des sozialen Ausgleichs verbunden mit einer Reformpolitik des Augenmaßes betrieben und damit das Saarland in Spitzenpositionen in jenen Bereichen gebracht, die heute als Prüfstein für eine freiheitliche, sach-

bezogene und humane Bildungspolitik gelten.

Breiten Raum nahm die Beratung einer Beschußvorlage zur langfristigen Sicherung eines wettbewerbsfähigen Montankerns an der Saar ein. Der Parteitag unterstrich dabei nachdrücklich die heutige und in der Zukunft noch weiter steigende Bedeutung der Steinkohle als wichtigsten heimischen Energie- und Rohstoffträger. Zur Absicherung der jetzigen Förderkapazität wurde gefordert, die nationale Steinkohlenreserve zu erhöhen, die Haldenfinanzierung der Bergbauunternehmen in der europäischen Gemeinschaft zu erleichtern und eine europäische Kohlenreserve anzulegen.

Da die Energie- und Rohstoffsicherung ein nationales und europäisches Interesse sei, forderten die Delegierten eine gerechtere Aufteilung der finanziellen Belastung aus der Kohleförderung zwischen dem Bund und der Gemeinschaft andererseits.

Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Delegierten der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie kann nach Auffassung der CDU Saar nur durch eine grundlegende Rationalisierung erreicht werden. Die sich daraus ergebenden Belastungen müßten gemeinsam von den Arbeitnehmern und den Anteilseignern getragen werden.

Eine erfolgreiche Umstrukturierung wird zwangsläufig die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich erheblich verringern. Zur Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen muß nach Auffassung der CDU Saar die regionale Strukturpolitik intensiviert und ihr Instrumentarium verbessert werden.

Ministerpräsident Franz Josef Röder unterstrich in seiner Rede zur landespolitischen Lage noch einmal die grundlegende Zielsetzung saarländischer CDU-Politik wie folgt: „Unser Auftrag und unsere Aufgabe war und bleibt es, aus einer in vielen Kriegen verwüsteten und vernachlässigten Grenzregion auf der Grundlage der endgültigen deutsch-französischen Aussöhnung ein deutsches Bundesland aufzubauen, das seiner Bevölkerung die gleichen Lebensbedingungen bieten kann, wie sie in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland bereits vorhanden sind und darüber hinaus in enger Nachbarschaft mit Lothringen und Luxemburg eine europäische Kernregion zu schaffen, die in der Lage ist, aus ihrer geschichtlichen und gegenwärtigen Erfahrung ein Beispiel für die notwendige Einigung Europas zu geben.“

Franz Josef Röder verwies auch auf die Bedeutung der CDU/FDP-Koalition im Saarland als einen Nachweis dafür, daß eine christlich-liberale Zusammenarbeit möglich und für das Bundesgebiet beispielhaft und erfolgreich durchgeführt werden kann.

Werner Zeyer unterstrich die erklärte Absicht der CDU Saar, die Koalition mit der FDP über das Wahljahr 1980 hinaus fortzusetzen.

Ein Höhepunkt des Parteitages war die Rede des Bundesvorsitzenden Helmut

Kohl, der 1978 als ein Jahr der Entscheidung über die politische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und über einen vorzeitigen Regierungswechsel in Bonn noch in dieser Legislaturperiode, aber auch als ein Schicksalsjahr für die Union bezeichnete. Helmut Kohl warf der SPD/FDP-Koalition Versagen in allen Bereichen der Politik vor und warnte eindringlich, die Krise der Koalition dürfe auf keinen Fall zu einer Staatskrise werden. Gleichzeitig unterstrich er die Bereitschaft der Union, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Mahnend fügte Kohl hinzu, daß der Wähler in dieser schwierigen politischen Lage von der Union keine Nabelschau, sondern kraftvolle Politik erwarte.

Durch die Wahl Werner Zeyers zum Landesvorsitzenden mußte auch die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden neu besetzt werden. Der Parteitag wählte hierzu Rainer Wicklmayr mit großer Mehrheit.

Ein Novum am Rande stellte der Einsatz von Wahlmaschinen bei den Ergänzungswahlen für den Landesvorstand dar. Mit Hilfe von 10 derartigen Maschinen, wie sie auch bei Bundes- und Landtagswahlen benutzt werden, konnten die Wahlergebnisse schon in weniger als neun Minuten nach Eröffnung der Wahlgänge durch das Tagungspräsidium bekanntgegeben werden.

Als besondere Attraktivität erwies sich die Sonderschau der CDU Saar „Stationen einer Volkspartei“. Mit über 300 Originalfotos und Dokumenten wurde dort schwerpunktmäßig der Werdegang der CDU Saar, die 1977 ihren 25. Geburtstag feierte, von der turbulenten Gründungsphase bis zur Gegenwart dargestellt.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Frühlingszeit – Canvassingzeit

Der kommende Frühling bringt neue Akzente in die politische Arbeit der Verbände. Vor allem in den vier Bundesländern, in denen die CDU in diesem Jahr Wahlkämpfe führt, vermehren sich die Aktivitäten.

Die Volkspartei CDU sucht den direkten Kontakt zu den Wählern. Sie geht auf die Straße und führt Hausbesuche durch. Canvassing ist aus der modernen Parteiarbeit und dem Wahlkampf nicht mehr wegzudenken.

Die CDU auf der Straße

Seit Jahren ist die Straße nicht mehr die alleinige Domäne der politischen Linken und Ultralinken. Immer mehr CDU-Mitglieder sind bereit, sich in der Öffentlichkeit zu bekennen und Canvassingarbeit zu leisten.

Die Aufgaben sind vielseitig und interessant: Standbetreuung, Materialverteilung, Diskussion mit Passanten, Begleitung und Unterstützung des Kandidaten sowie die technische Durchführung.

Canvassing heißt politisches Training an der Basis; Canvassing muß die „Feuertaufe“ aller CDU-Mitglieder werden.

Drei Tips für das Straßencanvassing

1. Der Stand

Der Stand soll am verkehrsreichen Fußgängerweg liegen. Geschäftsstraßen, Haltestellen, Warenhaus- oder Super-

markteingänge, Marktplätze usw. eignen sich besonders dafür.

Der Stand muß weit sichtbar sein. Schirme, Transparente, Fahnen und Schilder müssen hoch genug und in ausreichender Zahl aufgestellt werden.

2. Das Personal

Die Standbesatzung soll CDU-T-Shirts oder mindestens CDU-Buttons tragen. In der Diskussion müssen die neutralen Zuhörer, die Wechselwähler, die Unentschlossenen überzeugt werden, aber nicht die linken Diskussionsgegner.

Achtung: Lautsprechereinsatz, Mikrofon nicht aus der Hand geben!

3. Materialien

Keine Canvassing-Aktion ohne aktuelle Materialien!

Besonders wirksam sind die Wahlkampfwerbemittel, die CDU-Illustrierte und Kleinwerbemittel.

Blumen als „Frühlingsgrüße von der CDU“ beeindrucken vor allem weibliche Passanten.

Werbemittel für die Canvassing-Aktion

Aus dem Angebot der Bundesgeschäftsstelle:

Canvassingstand

Preis: 98,— DM pro Stück

Bestell-Nr.: 0018

CDU-Magnetfolie, 60 x 32 cm

Preis: 21,10 DM pro Stück

Bestell-Nr.: 0594

Sicherheit für unsere Freiheit



Kräfteverhältnis in Mitteleuropa	
WAHLSHAUER PAKT	NATO
Divisionen	56 27
Panzer	18.000 6.100
Flugzeuge	2.460 1.700

Foto: Heiko Töpfer für den Sachverständigenrat

Eine starke Verfeindung ist notwendig zum Schutz unserer Freiheit. Deshalb hat die CDU(CS) vor über 20 Jahren den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis in die NATO gefordert. Nur so bleibt uns der Frieden erhalten.

Aber Frieden und Freiheit sind bedroht. Die ständige Aufrüstung der Sowjetunion und des Ostblocks, die weit über ihre Verteidigungsbedürfnisse hinausgeht, verschiebt das Gleichgewicht immer mehr zu Ungunsten des Westens.

Sicherheit, Frieden und Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif. Notwendig ist die Befreiung aller Bürger, diese Werte zu schützen, für sie zu kämpfen und Opfer für eine Abwehrbereitschaft, gut ausgerüstete Bundeswehr zu bringen.

Deshalb: Ja zur allgemeinen Wehrpflicht

CDU
sicher
sozial
und frei

Februar-Wandzeitung „Sicherheit für unsere Freiheit“

Mindestabnahme: 25 Expl., Preis: 8,— DM pro 25 Expl., Bestell-Nr.: 7840

CDU-Fahne, 1,50 x 5,00 m
Preis: 67,50 DM pro Stück

Bestell-Nr.: 0595

CDU-Transparent, 4,00 x 1,00 m
Preis: 52,50 DM pro Stück

Bestell-Nr.: 0596

T-Shirt, klein (Größe 164 und 3)
Mindestabnahme: 5 Expl.
Preis: 38,50 DM pro 5 Expl.
Bestell-Nr.: 9537

T-Shirt, mittel (Größe 4 und 5)
Mindestabnahme: 5 Expl.
Preis: 38,50 DM pro 5 Expl.
Bestell-Nr.: 9538

T-Shirt, groß (Größe 6 und 7)
Mindestabnahme: 5 Expl.
Preis: 38,50 DM pro 5 Expl.
Bestell-Nr.: 9539

Papierfähnchen
Mindestabnahme: 1 000 Expl.
Preis: 61,— DM pro 1 000 Expl.
Bestell-Nr.: 9303

Luftballons
Mindestabnahme: 1 000 Expl.
Preis: 74,— DM pro 1 000 Expl.
Bestell-Nr.: 9304

Alle Bestellungen bitte an IS-Versandzentrum, Postfach 66 66, 4830 Gütersloh 1, Telex 9 33 753 iserv d.

Zur Sache:

Minister wechseln – Probleme bleiben

Acht Jahre nach Regierungsbeginn der SPD/FDP haben wir nun

- den 3. Verteidigungsminister
- den 4. Minister für Städtebau und Wohnungswesen
- den 4. Entwicklungshilfeminister
- den 4. Minister für den Bereich Bildung und Wissenschaft
- den 5. Minister für den Bereich Forschung und Technologie
- den 5. Finanzminister

Die jetzigen Minister sind das letzte Aufgebot des SPD-Kanzlers Schmidt. Sachverstand ist nicht mehr gefragt. Apel, der nun Verteidigungsminister werden soll, schrieb 1975 in seinem Buch „Ich dacht', mich tritt ein Pferd“:

„Alles in allem aber ist es richtig, daß ich kaum ein Verhältnis zu dem habe, was mit ‚Militär und Bewaffnung‘ im engeren Sinne zu umschreiben wäre.“

Die alten Minister haben hinterlassen

- Spionage und Abhörskandale im Verteidigungsbereich
- rapide abnehmende Zahlen im sozialen Wohnungsbau
- eine konzeptionslose Entwicklungshilfepolitik
- miserable Zukunftschancen der jungen Generation
- verhängnisvolle Tatenlosigkeit in der Energiepolitik
- den größten Schuldenberg,
- den die Bundesrepublik Deutschland je hatte

Dies sind nur einige Probleme aus einem ganzen Berg, den die SPD/FDP-Regierung vor sich herschiebt und die sie nicht lösen kann. Da helfen auch keine Ministerwechsel.

Es ist schon längst Zeit für einen wirklichen Wechsel.



UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Auf dem Rücken der Rentner

Er hatte recht. Was nämlich Holger Börner, der hessische Ministerpräsident, vor wenigen Tagen im obersten Parteigremium mit dem Hinweis auf die mögliche Vertrauenskrise bei den elfmillionen Rentnern aufgeführt hatte, ist inzwischen eingetreten. Zwar sollen nach dem neuen Rettungsentwurf der Koalition die Renten saniert werden, aber diese Sanierung trifft und belastet ausschließlich die Rentner.

Sie allein sind die Leidtragenden. Sie allein werden von dem Anschluß an die Entwicklung bei Lohn und Einkommen ausgeschlossen. Sie sind in ihren Bezügen auf drei Jahre praktisch auf Null gestellt. Ihnen wächst nichts mehr zu. Die ihnen noch gewährten Raten dekken einigermaßen den Inflations schwund. Die Aufhebung der Adenauer Formel von 1957 richtet sich ausschließlich gegen die Renteninteressen.

Die Rentner allein sollen das Kassenloch stopfen.

Eine Partei und eine Bundestagsfraktion, die mit dem Rechenstift zuallererst die Schwachen und Nichtorganisierten zur Ader lassen wollen, widersprechen ihrer ganzen Tradition.

Frankfurter Neue Presse, 11. Februar 1978

Was die Unterhändler von SPD und FDP bisher zustande gebracht haben, trägt alle Züge eines unzulänglichen Kompromisses. Wenn das Ziel eines realen Wirtschaftswachstums von 3,5 Prozent in diesem Jahr nicht erreicht werden kann und die Arbeitslosigkeit zunehmen statt abnehmen sollte, wird binnen Jahresfrist die nächste Rentensanierung fällig.

Gewiß gehört die Rentensanierung zu den zentralen Aufgaben dieser Zeit. Die Eingriffe, für die sich die Koalition entscheiden soll, gefährden aber das ganze Rentensystem, ohne für eine dauernde Sanierung auszureichen.

Kölnische Rundschau, 11. Februar 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD